

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Kapitel - Einführung in das Gefahrenabwehrrecht</b> .....	<b>1</b>
A. Gegenstand der Bearbeitung .....	1
B. Die geschichtliche Entwicklung des Polizeirechts .....	2
C. Einheits- und Trennungssystem .....	5
D. Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen .....	6
E. Sonderordnungsbehörden, Ordnungsbehörden, Vollzugspolizei .....	10
F. Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes .....	11
G. Allgemeine Aufgaben der Polizei; Zuständigkeiten.....	13
H. Trennung von Aufgaben und Befugnissen .....	17
I. Subsidiarität polizeilichen Handelns/Privatrechtsklauseln .....	20
J. Vollzugshilfe .....	24
K. Übertragung von Aufgaben durch andere Rechtsvorschriften .....	26
I. Aufgabe der Strafverfolgung.....	26
1. Doppelfunktionalität der Polizei.....	27
2. Doppelfunktionale Maßnahmen der Polizei.....	28
II. Aufgabe der Ordnungswidrigkeitenahndung .....	32
III. Aufgabe der Straßenverkehrsüberwachung .....	34
L. Hoheitliche Aufgabenerfüllung und private Sicherheitsdienste .....	35
<b>2. Kapitel - Prüfung einer Gefahrenabwehrmaßnahme</b> .....	<b>37</b>
A. Problemkreise/Ebenen der Prüfung .....	37
B. Prüfungsschema in Bezug auf eine Gefahrenabwehrmaßnahme .....	39
C. Rechtsschutz.....	40
<b>3. Kapitel - Polizeiliche Befugnisse nach den Polizeigesetzen</b> .....	<b>42</b>
A. Eingriff in Grundrechte/Erfordernis einer Rechtsgrundlage .....	42
I. Spezialgesetzliche Eingriffsermächtigung .....	43
II. Präventivpolizeiliche Standardmaßnahmen.....	44
1. Anwendungsvorrang vor der Befugnisgeneralklausel.....	44
2. Rechtsnatur und Einteilung der Standardmaßnahmen .....	45
3. Maßnahmen der Informationsbeschaffung und -verwertung .....	48
a. Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht .....	48
b. Allgemeine Regeln der Datenerhebung; Ausweispflicht von Bediensteten....	53
c. Einzelne Befugnisse .....	54
aa. Offene Bild- und Tonaufzeichnung; Videoüberwachung .....	55
a.) Videoüberwachung öffentlicher Veranstaltungen und Ansammlungen	55
b.) Videoüberwachung öffentlicher Flächen.....	57
c.) Offene Bildaufzeichnung zur Eigensicherung .....	61

d.) Einsatz von Kennzeichenlesesystemen bei Verkehrskontrollen .....	64
e.) Rechtsschutz .....	67
bb. Befragung .....	68
a.) Formelle Rechtmäßigkeit .....	68
b.) Materielle Rechtmäßigkeit .....	69
aa.) Befragung i.e.S. ....	69
bb.) Personenkontrollen im öffentlichen Verkehrsraum .....	72
cc.) Rechtsschutz.....	74
cc. Prüfung von Berechtigungsscheinen .....	75
dd. Identitätsfeststellung (IDF).....	77
ee. Erkennungsdienstliche Maßnahmen .....	88
ff. Verdeckte Datenerhebung durch besondere Mittel .....	95
a.) Längerfristige Observation.....	96
b.) Großer Lauschangriff.....	99
c.) Verdeckter Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen und -aufzeichnungen.....	107
d.) Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) .....	109
e.) Onlinedurchsuchung von Computern .....	119
f.) Quellen-Telekommunikationsüberwachung („Quellen-TKÜ“).....	127
g.) Erhebung und Speicherung von Verkehrsdaten .....	130
h.) Einsatz von Vertrauenspersonen (V-Leuten).....	139
i.) Einsatz von verdeckten Ermittlern („VE“) .....	139
j.) Polizeiliche Beobachtung („PB“) bzw. Ausschreibung .....	142
gg. Generalklausel zur Datenerhebung .....	144
d. Umgang mit Daten .....	147
aa. Speicherung, Übermittlung, Kennzeichnung.....	147
bb. Zweckbindung der erlangten Daten .....	148
cc. Datenabgleich, Rasterfahndung und Datenanalyse .....	151
dd. Übermittlung von Daten .....	163
ee. Verwertbarkeit rechtswidrig erhobener Daten.....	164
ff. Löschung, Berichtigung und Sperrung von Daten .....	165
gg. Benachrichtigungspflichten .....	165
4. Einschränkungen der räumlichen Bewegungsfreiheit .....	166
a. Vorladung .....	166
b. Kurzfristige Platzverweisung .....	170
c. Betretungs- und Aufenthaltsverbote .....	174
d. Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz vor häuslicher Gewalt.....	178
e. Ingewahrsamnahme (Festnahme) von Personen .....	183

f. Aufenthaltsvorgabe und Kontaktverbot .....	199
g. Elektronische Aufenthaltsüberwachung.....	199
5. Durchsuchungen und Sicherstellungen .....	201
a. Durchsuchung von Personen .....	201
b. Durchsuchung von Sachen .....	207
c. Betreten und Durchsuchen von Wohnungen.....	212
d. Sicherstellung (bzw. Beschlagnahme) von Sachen.....	229
6. Gefährderansprachen/Gefährderanschreiben und Meldeauflagen .....	245
7. Zusammenfassung und Abgrenzung zur Befugnisgeneralklausel .....	248
III. Befugnisgeneralklausel.....	250
1. Erfordernis einer generalklauselartigen Ermächtigung .....	250
2. Vereinbarkeit der Generalklausel mit dem Bestimmtheitsgrundsatz.....	251
B. Formelle Rechtmäßigkeit einer Gefahrenabwehrmaßnahme .....	253
I. Zuständigkeit der Gefahrenabwehrbehörde.....	253
II. Verfahren/Form/Begründung .....	256
1. Allgemeine Verfahrensvorschriften, insbesondere Anhörung.....	256
2. Besondere Verfahrensvorschriften.....	256
3. Form und Begründung .....	257
C. Materielle Rechtmäßigkeit der Gefahrenabwehrmaßnahme .....	259
I. Voraussetzungen der Rechtsgrundlage .....	259
1. Gefahr für ein Schutzgut der öffentlichen Sicherheit (oder Ordnung).....	259
a. Schutzgut „öffentliche Sicherheit“ .....	261
aa. Unverletzlichkeit der Rechtsordnung.....	261
bb. Unverletzlichkeit der subjektiven Rechte u. Rechtsgüter des Einzelnen....	263
cc. Bestand des Staates und der Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates oder sonstiger Träger der Hoheitsgewalt .....	264
b. Schutzgut „öffentliche Ordnung“ .....	265
c. Gefahr eines Schadenseintritts.....	273
aa. Gefahrenbegriffe.....	273
a.) „Einfache“ (konkrete und abstrakte) Gefahr .....	273
b.) Gegenwärtige Gefahr .....	275
c.) Erhebliche Gefahr .....	275
d.) Gefahr für Leib oder Leben.....	276
e.) Gemeine Gefahr .....	276
f.) Dringende Gefahr .....	276
g.) Drohende Gefahr .....	277
h.) Gefahr im Verzug.....	280
i.) Latente Gefahr .....	281
bb. Störung und Schaden.....	282

a.) Störung als realisierte Gefahr.....	282
b.) Schaden.....	282
cc. Gefahrenlagen .....	282
a.) Objektive Gefahrenlage.....	282
b.) Subjektive Gefahrenlage (Anscheinsgefahr; Scheingefahr).....	283
aa.) Anscheinsgefahr .....	283
bb.) Putativgefahr (Scheingefahr).....	287
c.) Gefahrenverdacht (Verdachtsgefahr).....	287
2. Konsequenzen einer nicht vorliegenden Gefahrenlage für die Falllösung.....	291
II. Einhaltung des Ermessensspielraums .....	293
1. Rechtsnatur des Ermessens; Opportunitätsprinzip .....	293
2. Entschließungsermessen; Auswahlermessen.....	294
a. Entschließungsermessen (Einschreitermessen).....	296
b. Auswahlermessen .....	296
3. Ermessensgrenzen und Ermessensfehler.....	297
a. Ermessensmangel (-nichtgebrauch; -unterschreitung) .....	297
b. Ermessensüberschreitung.....	298
c. Ermessens Fehlgebrauch (Ermessensmissbrauch) .....	299
d. Antizipiertes Ermessen auch im Gefahrenabwehrrecht? .....	299
4. Ermessensreduzierung auf Null .....	300
III. Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit .....	304
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	304
2. Komponenten des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.....	304
a. Der legitime Zweck der Gefahrenabwehrmaßnahme .....	304
b. Geeignetheit der Gefahrenabwehrmaßnahme .....	305
c. Erforderlichkeit der Gefahrenabwehrmaßnahme .....	306
d. Die Angemessenheit der Gefahrenabwehrmaßnahme .....	308
3. Zeitliche Grenzen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.....	309
IV. Polizeirechtlich Verantwortliche (Störer).....	310
1. Übersicht über die Polizeipflichtigkeit.....	310
2. Verhaltensverantwortlichkeit und Zustandsverantwortlichkeit .....	311
3. Als Störer in Betracht kommende Personen/Personengruppen .....	312
a. Verhaltensverantwortlichkeit .....	314
aa. Das Verhalten als Anknüpfungspunkt für die Inanspruchnahme.....	314
bb. Der polizeirechtliche Verursacherbegriff .....	315
cc. Mehrheit von Verantwortlichen .....	317
b. Objektiv nicht gegebene Verantwortlichkeit.....	318
aa. Anscheinsstörer .....	318
bb. Scheinstörer (Putativstörer).....	319

cc. Verdachtsstörer.....	319
c. Minderjährige Verantwortliche .....	320
4. Zusatzverantwortlichkeit gegenüber Aufsichtsbedürftigen.....	320
5. Zusatzverantwortlichkeit gegenüber Verrichtungsgehilfen.....	321
6. Zustandsverantwortlichkeit.....	323
7. Begrenzungen der Verantwortlichkeit.....	330
8. Rechtsnachfolge in polizeiliche Pflichten .....	330
9. Mehrheit von Verantwortlichen (Störermehrheit).....	331
10. Ende der Polizeipflichtigkeit/Rechtsnachfolge.....	336
V. Inanspruchnahme Nichtverantwortlicher („polizeilicher Notstand“).....	337
1. Einführung in die Problematik.....	337
2. Voraussetzungen.....	338
a. Gegenwärtige erhebliche Gefahr .....	338
b. Vorrangigkeit der Heranziehung des Störers .....	339
c. Vorrangigkeit behördeneigener Mittel .....	340
d. Keine Inanspruchnahme des Nichtstörers bei dessen erheblicher eigener Gefährdung und bei Verletzung höherwertiger Pflichten .....	342
3. Folgen einer Inanspruchnahme des Nichtstörers .....	342
D. Gefahrenabwehr außerhalb der Rechtsform des Verwaltungsakts.....	343
I. Abgrenzung zum Verwaltungsakt .....	343
II. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen.....	343
III. Öffentliche Warnungen .....	344
E. Rechtsverordnungen (Gefahrenabwehrverordnungen) .....	345
I. Rechtsnatur und Bedeutung.....	345
II. Ermächtigungsgrundlage .....	347
III. Formelle Rechtmäßigkeit.....	347
IV. Materielle Rechtmäßigkeit.....	347
V. Die Rechtswidrigkeit der Polizeiverordnung und ihre Folgen .....	349
VI. Rechtsschutz gegen rechtswidrige Polizeiverordnungen .....	349
F. Rechtsnachfolge in polizeirechtliche Pflichten.....	350
G. Verwaltungsvollstreckung.....	353
I. Form und Funktion der Verwaltungsvollstreckung .....	353
II. Rechtsgrundlagen für die Anwendung von Zwang.....	354
III. Allgemeine Voraussetzungen der Vollstreckung .....	355
IV. Zwangsmittel.....	357
1. Zwangsgeld und Zwangshaft.....	357
2. Ersatzvornahme .....	358
3. Unmittelbarer Zwang.....	359
V. Rechtmäßigkeit des Verwaltungszwangs im gestreckten Verfahren .....	362

1. Allgemeine Voraussetzungen.....	362
2. Das Zwangsverfahren.....	368
a. Androhung des Zwangsmittels.....	368
b. Festsetzung des Zwangsmittels.....	369
c. Anwendung des Zwangsmittels.....	370
3. Abschlussfall.....	371
VI. Rechtmäßigkeit des Verwaltungszwangs im gekürzten Verfahren.....	373
1. Sofortvollzug vs. unmittelbare Ausführung.....	373
2. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen.....	374
3. Schusswaffengebrauch durch den Polizeivollzugsdienst.....	376
4. Rechtsschutz gegen Zwangsmittel im Sofortvollzug.....	376
VII. Insbesondere: Unmittelbarer Zwang.....	380
1. Begriff und Bedeutung.....	380
2. Androhung.....	381
3. Anwendung des Zwangsmittels, insbesondere Schusswaffengebrauch.....	383
4. Abschlussfall.....	387
H. Kosten und Ersatzansprüche.....	388
I. Die Kostentragung der Gefahrenabwehr.....	388
II. Kostenersatzansprüche der Verwaltung.....	390
III. Entschädigungs- und Schadensersatzansprüche des Adressaten.....	395
I. Abschleppen verbotswidrig abgestellter Kfz.....	400
<b>4. Kapitel – Versammlungsrecht.....</b>	<b>413</b>
A. Einführung.....	413
B. Begriff der Versammlung.....	417
C. Beschränkungen der Versammlungsfreiheit.....	430
D. Rechtfertigung von Beschränkungen auf der Grundlage des VersG.....	431
I. Öffentliche Versammlungen.....	433
1. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel.....	434
a. Grundrechtsschutz unter dem Gesetzesvorbehalt des Art. 8 II GG.....	434
aa. Das Versammlungsgesetz als spezialgesetzliche Regelungsmaterie.....	434
bb. Anmeldepflicht nach § 14 I VersG; Spontan- und Eilversammlungen.....	435
cc. Formelle Rechtmäßigkeit versammlungsrechtlicher Maßnahmen.....	438
dd. Materielle Rechtmäßigkeit versammlungsrechtlicher Maßnahmen.....	438
b. Bannmeilen und befriedete Bezirke.....	457
2. Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen.....	458
II. Nichtöffentliche Versammlungen.....	459